

Es ist Zeit für weitere Schutzwege

Was jahrelang unmöglich war, wurde nun vom Gemeinderat endlich einstimmig beschlossen – Bürgermeisterin zur Umsetzung aufgefordert.

Seite 2

VOLKSSCHULE: KINDER MÜSSEN JETZT 20 EURO ZAHLEN ODER WEITER VOR DER TÜRE FRIEREN

Von ÖVP, SPÖ und Grünen wurde eine kostenpflichtige Morgenbetreuung implementiert. Einzig die FPÖ stimmte gegen die Einhebung von Elternbeiträgen: "Mehrbelastung von Familien ist keine Lösung!"

UMWIDMUNG SEEUFERSTRAßE: TÜRKISE FREUNDERLWIRT-SCHAFT WIE AUS DEM LEHRBUCH

FPÖ kritisiert fahrlässige Blanko-Umwidmung ohne Absicherungen für soziale Wohnfläche; Türkises Weihnachtsgeschenk in Millionenhöhe für Vizebürgermeister

Seite 5

HYPO UNTERSUCHUNGSAUS-SCHUSS: FPÖ WILL GERECHTIG-KEIT FÜR KÄRNTEN!

Der Kärntner FPÖ-Chef und Nationalratsabgeordnete Erwin Angerer im Gespräch mit den Kärntner Nachrichten über die Hypo-Milliarden, über Schuld und Verlust Kärntens und die Forderung nach Klärung.

Seite 6

Seite 3





Was jahrelang unmöglich war, wurde nun vom Gemeinderat endlich einstimmig beschlossen – Bürgermeisterin zur Umsetzung aufgefordert.

Wunsch nach weiteren "Zebrastreifen" (korrekt: Schutzwegen) über die Pörtschacher Hauptstraße ist nicht neu. Jahrelang wurde beteuert, dass eine Wiederherstellung von Schutzwegen trotz "jährlicher Versuche" nicht möglich sei. Tatsächlich wurden aber nicht die notwendigen Schritte dafür gesetzt und noch nicht einmal ein Antrag an die zuständige Behörde gestellt. Im Dezember 2021 hat der Gemeinderat sich schließlich einstimmig für den Antrag der FPÖ zur Wiedereinführung eines Schutzweges vor der Gemeinde ausgesprochen und die Bürgermeisterin zur Umsetzung aufgefordert.

Die bestehenden Bushaltestel-

len wurden bis dato als Hauptproblem für einen Schutzweg angesehen, da die dort haltenden Busse sich negativ auf die vorgeschriebenen Sichtachsen auswirken würden. Die Rahmenbedingungen haben sich aber in den letzten Jahren durch den Umbau des Bahnhofs und der dortigen Errichtung einer Busstation maßgeblich geändert. Durch die neue Buslinienführung werden die Haltestelle beim Österreichischen Hof und die Haltestelle vis-à-vis beim ehemaligen Postamt in der Praxis nicht mehr benötigt.

Der wesentliche Teil der Lösung liege laut der FPÖ auf der Hand: Um die Wiedereinführung eines Schutzweges zu ermöglichen, muss in Ab-

stimmung mit dem Linienbetreiber eine Auflösung beziehungsweise Stilllegung der verwaisten Bushaltestellen erreicht werden. Gemeindevorstand Florian Pacher hat sich bereits mit der Postbus AG in Verbindung gesetzt, wo man Gesprächsbereitschaft hinsichtlich des sehr speziell gelagerten Falls signalisierte. Die durchzuführenden Verhandlungen würden folglich aber in den Zuständigkeitsbereich der Bürgermeisterin fallen.

Parallel muss eine (Video-) Analyse der Fußgänger- und Fahrzeugfrequenzen sowie der Ganglinien beauftragt werden. Laut "Schutzweg-Richtlinie" des Landes sei damit für die entsprechende Stelle in der Spitzenstunde eine Frequenz von mindestens 25 Fußgängern und mindestens 200 PKW-Einheiten nachzuweisen. Aus Interesse habe Florian

Aus-

schuss für

Raumpla- FM, Wirt-

Aus-

schuss für

Pacher im Herbst selbst eine provisorische Zählung durchgeführt und dies mit durchaus aufschlussreichen Ergebnissen: "Selbst in der touristischen Nebensaison konnte ich über 400 PKW und etwa 30 querende Fußgänger innerhalb einer Stunde an der entsprechenden Stelle zählen. Nun brauchen wir eine professionelle Analyse als Grundlage für den gewünschten Antrag mit offiziellen Zahlen, bestenfalls aus den belebten Sommermonaten, wenn die Mindestfrequenzen sicherlich noch deutlicher überschritten werden."

Diese wichtige Einzelmaßnahme soll sich auch im neuen Masterplan für die Hauptstraße wiederfinden. Dieses gemeinsame Maßnahmenpaket wurde auf Basis eines Antrags der FPÖ entwickelt und vom Gemeinderat ebenfalls einstimmig auf Kurs gebracht.

Aus-

schuss

Aus-

schuss für

Teilnahme der "Fraktionschefs" an Sitzungen der Gemeindevertretung in der neuen Amtsperiode im Jahr 2021

Die Zahlen verdeutlichen, welche der ehemaligen Kandidaten um das höchste Amt in der Gemeinde nach der Wahl mehr oder weniger Einsatzbereitschaft für die Entwicklung von Pörtschach hatten.

Amtsperiode		derat	devor- stand	nung, Bau und Lärm- schutz (RBL)	schaft und Umwelt (FWU)	Kultur und Sport (SKS)	Kontrolle der Ge- barung
	Silvia Häusl-Benz (ÖVP)	6 von 6	14 von 16	2 von 6	0 von 4	1 von 3	0 von 3
1	Florian Pacher (FPÖ)	6 von 6	16 von 16	6 von 6	4 von 4	3 von 3	3 von 3
	Martin Gressl (SPÖ)	6 von 6	16 von 16	0 von 6	0 von 4	0 von 3	0 von 3
	Gabriele Hadl (Grüne)	6 von 6	kein Mitglied	5 von 6	3 von 4	1 von 3	1 von 3

Gemein-



Volksschule: Kinder müssen jetzt 20 Euro zahlen oder weiter vor der Türe frieren

Nach Eklat wurde von ÖVP, SPÖ und Grünen eine kostenpflichtige Morgenbetreuung eingeführt. Einzig die FPÖ stimmte gegen die Einhebung von Elternbeiträgen: "Mehrbelastung von Familien ist keine Lösung!".

Nachdem das jahrelange Entgegenkommen der ehemaligen Volksschuldirektorin von ihrer Nachfolgerin von einem auf den anderen Tag eingestellt wurde, mussten die Volksschulkinder in Pörtschach bei Minusgraden in der Früh vor der geschlossenen Türe warten. In den folgenden Tagen konnten die Kinder morgens übergangsmäßig im benachbarten Pfarrheim verweilen, parallel wurde unter Zeitdruck nach einer Lösung gesucht und



man einigte sich im Gemeindevorstand auf eine Kooperation mit den Mitarbeiterinnen des Schulhorts – bis zu diesem Punkt herrschte Einigkeit.

Keinen Konsens gab es hingegen bei der Frage der Weiterverrechnung der Kosten dieser Maßnahme an die betroffenen Eltern. 20 Euro pro Monat müssen diese nun für die morgendliche Betreuung bezahlen. "Eine Mehrbelastung der Familien ist keine Lösung und die FPÖ hat sich daher als einzige Partei geschlossen dagegen ausgesprochen", meinten die Freiheitlichen und weiter: "Primär jene Familien, die ohnehin Zusatzkosten für den Schulbus haben, werden nochmals zur Kasse gebeten – das ist keine soziale Lösung! Der überwiegende Teil der Eltern der rund zehn betroffenen "Buskinder' lehnt die neue Lösung ab und die kostenpflichtige Morgenbetreuung ist daher ein einziger Reinfall."

Kommentar von Gemeindevorstand Florian Pacher

Mein Team und geben unser Bestes, um positive Entwicklungen zu forcieren - mit zahlreichen Verbesserungsvorschlägen bringen wir uns immer aktiv und konstruktiv in die Arbeit für unseren Heimatort Pörtschach ein. Wir haben mehr selbständige Anträge, Fragen für die Fragestunde und Anfragen zu speziellen Themengebieten eingebracht, als alle drei anderen Fraktionen zusammen. Im Sinne der Transparenz und Aufklärung von Missständen sind wir auch im regen Austausch mit der Gemeindeabteilung des Landes Kärnten und unsere Recherchearbeiten haben bereits zahlreiaufsichtsbehördliche Verfahren nach sich gezo-

Dennoch lassen mich die politischen Vorgänge in Pörtschach beinahe täglich ungläubig den Kopf schütteln. So gibt es einerseits Millionengeschenke "türkise Familienmitglieder", andererseits spart man bei den Kosten für die Betreuung unserer Volksschulkinder. Von der ÖVP ist vielfach nichts Anderes zu erwarten gewesen, aber dass es meist ein "rotes Beiwagerl" gibt, das munter mitstimmt, das sorgt doch immer wieder für Verwunderung. Vielleicht macht das ein oder andere SPÖ-Gemeinderatsmitglied ja demnächst den ideologischen Wechsel zur "Pörtschacher Volkspartei" genannten Eigeninteressengemeinschaft endlich offiziell - das würde einiges erklären.

Fehlende Transparenz bei 5G-Ausbau im Vogelwaldl

Zahlreiche betroffene Anrainer und Zuhörer sind zur Bauverhandlung über den ge-5G-Antennenmast im "Vogelwaldl" erschienen. FPÖ-Gemeindevorstand Florian Pacher war als einziger politischer Vertreter anwesend. "Ich habe mir vor Ort selbst ein Bild vom Standort gemacht und mit den besorgten Anrainern gesprochen", so Pacher, der im Rahmen der Verhandlung auch eine "aktivere und transparente Informationspolitik vonseiten des Mobilfunkunternehmens im Vorfeld solcher Proiekte" einforderte. Im Rahmen der teils emotionalen Debatte wurden von den Anrainern viele kritische Fragen an den Vertreter der Firma "Hutchison Drei" gestellt.

Vergabe von Subventionen ab jetzt nachvollziebar geregelt

Auf Vorschlag des Ausschusses für Soziales, Kultur und Sport hat der Gemeinderat eine Richtlinie zur Vergabe von Subventionen beschlossen, die mit 01.01.22 in Kraft getreten ist. Unterstützungsleistungen der Gemeinde werden somit erstmals nachvollziehbar und transparent vergeben. Zudem sind alle Subventionen die nach der neuen Richtlinie gewährt werden, zum Zwecke der Offenlegung der Verwendung von öffentlichen Mitteln

sofort nach der Beschlussfassung durch den Gemeindevorstand auf der Website der Gemeinde zu veröffentlichen. Die Gemeinde fördert Vorhaben im kulturellen, sozialen, sportlichen oder allgemeinen Interesse. Vereine, Organisationen aber auch Privatpersonen, die mit ihrem Handeln einen besonderen Beitrag zur Pörtschacher Gemeinschaft leisten, sollen eine Hilfeleistung bei der Realisierung dieser Vorhaben erhalten.

Pörtschach bekommt eigenes Stipendium

Um Studierende auch während ihrer akademischen Ausbildung außerhalb von Kärnten nachhaltig mit Pörtschach zu verbinden, wurde seitens der Freiheitlichen Fraktion ein ortseigenes Stipendium entworfen und dem Gemeinderat ein entsprechender Antrag vorgelegt,

der einstimmig beschlossen wurde. Ein weiteres Förderinstrument für Lehrlinge ist bereits in Planung. Als nächster Schritt werden entsprechende Richtlinien entwickelt, die den Vergabeprozess des Pörtschacher Stipendiums genau regeln.





Land Kärnten empfahl Schutz, aber Gemeinde verriet dies dem Grundeigentümer, der dann hunderte Jahre alten Baum sofort fällte!

In Pörtschach herrscht noch immer eine große Fassungslosigkeit über die plötzliche Fällung der uralten "Franz-Josef-Platane" beim örtlichen Bahnhof. Überdies wurde nun bekannt, dass der Grundeigentümer mit dieser Fällung einer möglichen Unterschutz-

stellung zuvorkam - den ausschlaggebenden Hinweis erhielt er gar von der Gemeinde selbst. Das Land Kärnten hat Gemeinde Pörtschach erst Anfang Dezember 2021 schriftlich empfohlen, die Platane aufgrund ihrer Bedeutung für die Bevölkerung zu einem

örtlichen Naturdenkmal zu erklären (siehe unten). Statt der Gemeinde meldete sich kurz darauf der Grundeigentümer beim Amt der Kärntner Landesregierung, um sich über die damit verbundenen Folgen zu informieren. Wenige Tage später wurde aus dem 130 bis 200 Jahre alten Baum Brennholz gemacht.

Die Aussage der ÖVP-Bürgermeisterin Häusl-Benz, dass sie "keine Handhabe bei privatem

Baumschnitt" hätte, erscheine dadurch in einem fragwürdigen Licht. Der Baum hätte seitens der Bürgermeisterin sofort per Bescheid unter Schutz gestellt werden können. Mittlerweile hätten sich mehrere Baumexperten zu Wort gemeldet und bestätigt, dass die Platane durch das bereits vorhandene Kronensicherungsseil gewissenhaft gesichert war und trotz einiger schadhafter Äste zu erhalten gewesen wäre.

Aus dem Schreiben der Naturschutzabteilung des Landes Kärnten vom 01. Dezember 2021:

Für das Gemeindegebiet von Pörtschach a.W. stellt dieser Baum durchaus etwas Besonderes dar. Vielen Einheimischen und auch Bahnfahrer*innen ist dieser Platanenbaum bekannt. Sein Stammumfang und der sommerlich belaubte Kronbereich vermögen durchaus zu beeindrucken. Aus diesem Grund kann eine naturschutzfachliche Anregung dahingehend abgegeben werden, dass dieser Ahornblättrige Platanenbaum als örtliches Naturdenkmal im Sinne des § 32a K-NSG 2002 durch Bescheid der Gemeinde ausgewiesen wird.

Mit Beginn der 3G-Regel am Arbeitsplatz endete das Testangebot in der Gemeinde Pörtschach

Seit 1. November 2021 gilt die 3G-Regel am Arbeitsplatz. Genau am Tag davor wurde die einzige Teststraße in Pörtschach bei der Werzer Tennisarena geschlossen. Im Frühjahr 2021 hatte Pörtschach sogar eine Teststraße im Gemeindeamt mit freiwilligen Helferinnen, so wie es auch der Gemeinderat beschlossen hatte. Diese gemeindeeigene Teststraße wurde aber nach

kurzer Zeit von der Bürgermeisterin willkürlich wieder geschlossen und die dort arbeitenden Helferinnen rechtswidrig, ohne schluss des Gemeinderats, gekündigt. Für diese eigen-Vorgehensweise mächtige der Bürgermeisterin folgte eine vielfache Rüge von der Gemeindeaufsicht des Landes - die türkise Mehrheit "sanierte" den Fehler nachträglich.

Das Kapitel ist noch nicht abgeschlossen - da es der Bürgermeisterin laut eigenen Angaben nicht bekannt ist, welchen Gesamtwert die gemeindeseitigen Unterstützungsleistungen für die betriebliche Teststraße hatten und weil eine Doppelförderung vermutet wird, läuft noch ein aufsichtsbehördliches Verfahren.

Da Grantl Sepp

sogt:

"Wenn ma sich die derzeitige Regierung onschaut, kennt ma fost manen, es braucht ka Impfpflicht, sondern a Denkpflicht!"





FPÖ kritisiert fahrlässige Blanko-Umwidmung ohne Absicherungen für soziale Wohnfläche; Türkises Weihnachtsgeschenk in Millionenhöhe für Vizebürgermeister

Ursprünglich sollte das geplante Bauprojekt in der Seeuferstraße den massiven Wohnraumbedarf in der Gemeinde mindern. Allerdings hat sich der Anteil an geförderter Wohnfläche seit Beginn der Verhandlungen kontinuierlich reduziert. Von einst kommunizierten zwei Dritteln an geförderten Mietwohnungen, waren nach "erfolgreichen Verhandlungen" nur mehr eine Handvoll übrig. Zu diesem Zeitpunkt wollte man ernsthaft rund zwei Hektar Grünland für etwa fünf

Mietwohnungen in Bauland umwidmen – der Rest? 30 Eigentumswohnungen und 25 Mietkaufwohnungen, die in ein paar Jahren ebenfalls ohne Einschränkung am Immobilienmarkt landen können.

Schließlich wurde es auch noch verabsäumt, die Umsetzung des verbleibenden Rests an sozialer Wohnfläche vertraglich abzusichern. Stattdessen wurde eine geradezu fahrlässige Blanko-Umwidmung zugunsten der 'Pörtschacher ÖVP-Fa-

milie' ausgesprochen. Die freiheitliche Fraktion setzte sich bis zur letzten Minute dafür ein, dass vor der Umwidmung eine zivilrechtliche Vereinbarung sowie bindende Verträge mit den Grundeigentümern und den Baugesellschaften abgeschlossen werden, um ein Höchstmaß an sozialer Wohnfläche für die Pörtschacher Bevölkerung sicherzustellen – im Nachhinein sei das nämlich nicht mehr in gleicher Weise möglich.

Bereits im Vorhinein gab es heftige Diskussionen, nachdem Bürgermeisterin Silvia Häusl-Benz sowie Bauausschussobmann Oliver Faeser

(beide ÖVP) dem zuständigen Gemeindemitarbeiter verboten hatten, den Gemeinderatsmitgliedern Renate Haider und Florian Pacher (beide FPÖ) vorab Akteneinsicht in den zu beschließenden Teilbebauungsplan zu gewähren - siehe Faksimile. Spannend ist es auch, dass die Bürgermeisterin zuletzt wiederholt betonte, dass schon seit vielen Jahren vom Grundeigentümer probiert wurde, das Grundstück umzuwidmen und dass er zu diesem Zeitpunkt noch keine ÖVP-Nähe hatte. Heißt es im Umkehrschluss, dass zunächst die ÖVP-Nähe hergestellt werden musste? Die Umwidmung hat nun jedenfalls geklappt.

Umwidmungsstopp und Schutz des Buberlemooses niedergestimmt

Rückschlag für überparteiliche Bürgerinitiative – Gemeinderat lehnte Antrag mehrheitlich ab – Schutz des Buberlemooses hat für ÖVP keine Dringlichkeit



Der Pörtschacher Gemeinderat beschäftigte sich mit dem Gemeindevolksbegehren, das von elf Prozent der Wahlberechtigten unterzeichnet wurde. Vertreter von FPÖ und Grünen brachten ihre Unterstützung für die Forderungen des Gemeindevolksbegehrens zum Ausdruck. Vertreter von ÖVP und SPÖ erläuterten, dass sie gegen einen generellen Umwidmungsstopp wären, einen solchen aber beim Buberlemoos, wo das geschützte Feuchtgebiet einer künstlichen Lagune mit Luxusimmobilien weichen soll, unterstützen würden.

Nachdem das Gemeindevolksbegehren schließlich abgelehnt wurde, war man um einen Kompromiss im Sinne der Bevölkerung bemüht. Der allseits kommunizierten Konsens hinsichtlich des Schutzes des Buberlemooses wurde zum Anlass genommen und entsprechende Dringlichkeitsanträge eingebracht. Selbst dieser Kompromiss hielt jedoch nicht und wenige Minuten später wurden die neuen Anträge ebenfalls von der ÖVP niedergestimmt und so die Dringlichkeit abgesprochen. Die diesbezügliche Verunsicherung der Bevölkerung wird damit unnötig in die Länge gezogen.





Der Kärntner FPÖ-Chef und Nationalratsabgeordnete Erwin Angerer im Gespräch mit den Kärntner Nachrichten über die Hypo-Milliarden, über Schuld und Verlust Kärntens und die Forderung nach einer Klärung.

KN: Herr Angerer, warum ist es Ihnen so wichtig das Thema Hypo wieder aufzurollen?

Angerer: Ich sehe es nicht als ein Aufrollen des Themas, sondern als ein Klären und Überprüfen der Ungerechtigkeiten, die hier gegenüber dem Land Kärnten passiert sind. Wir wollen Gerechtigkeit für Kärnten in Form eines Untersuchungsausschusses, der die Hypo/Heta-Abwicklung aufarbeitet

Wir sind es nicht nur Kärnten, sondern auch unserem einstigen Landeshauptmann Dr. Jörg Haider schuldig, eindeutig aufzuklären, was sich in der Causa Hypo tatsächlich zugetragen hat.

KN: Was war letztendlich der ausschlaggebende Grund für die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss?

Angerer: Mittlerweile gibt es aus dem Verkauf der Hypo-Vermögenswerte ein Plus von 500 Millionen Euro. Das heißt es wurde durch die Abwicklung mehr erlöst, als es anerkannte Forderungen gab. Am 3. Dezember 2021 hat die Heta beschlossen, diese Gewinne freiwillig an alle Hypo-Gläubiger auszuschütten. Diese erhalten also inklusive der von ihnen bereits kassierten Zinsen mehr als 100 Prozent ihres eingesetzten Kapitals. Nur das Land Kärnten musste 1.2 Milliarden Euro zahlen und erhält keinen einzigen Cent aus den Erlösen.

KN: Was erhoffen Sie sich vom Untersuchungsausschuss?

Angerer: Das Land Kärnten hat unserer Ansicht nach zu Unrecht geblutet. Entweder hat man hier seitens der Landesregierung aus Unwissenheit so agiert oder aus Kalkül. Beides ist verwerflich und ein Skandal. Der U-Ausschuss "Gerechtigkeit für Kärnten" soll klären, wo die Gründe für dieses desaströse Ergebnis aus der Sicht Kärntens liegen. Wie ist man im Finanzministerium über Kärnten drübergefahren? Welche Mängel gab es bei der Verhandlungsführung Kärntens? Das Ziel des Ausschusses muss sein, dass Kärnten doch noch einen gerechten Anteil an den hohen Hypo-Erlösen bekommt. Wir wollen schlicht und einfach unser Geld zurück!

KN: Was hätten Sie anders gemacht?

Angerer: Kärnten wäre heute mit Sicherheit nicht der große Verlierer in der "Hypo-Heta-Causa", wenn die FPÖ-Forderung aus dem Jahr 2016 beim Hypo-Wertpapier-Ankauf erfüllt worden wäre: "Zuerst schauen, was bei der Verwertung aller Hypo-Vermögenswerte herauskommt und erst dann über eine etwaige Zahlung des Landes Kärnten reden.' Hätte man das gemacht, so hätte Kärnten heute 1,2 Milliarden Euro mehr am eigenen Konto

Werbekampagne sorgte für Aufmerksamkeit: Kärntner Freiheitliche sagen "JA zur Freiheit - NEIN zum Impfzwang!"

Mit ihrer kärntenweiten Kampagne gegen den Impfzwang, machte sich die FPÖ Kärnten mit Plakaten und Inseraten für die persönliche Entscheidungsfreiheit der Bürger stark. Fragen und Antworten auf www.impfzwang.at



"Jeder soll frei, in Eigenverantwortung und in Abstimmung mit seinem Arzt darüber entscheiden können, ob er sich impfen lassen möchte oder nicht", erklärte der Kärntner FPÖ-Chef und Nationalratsabgeordnete Erwin Angerer den Standpunkt seiner Partei.

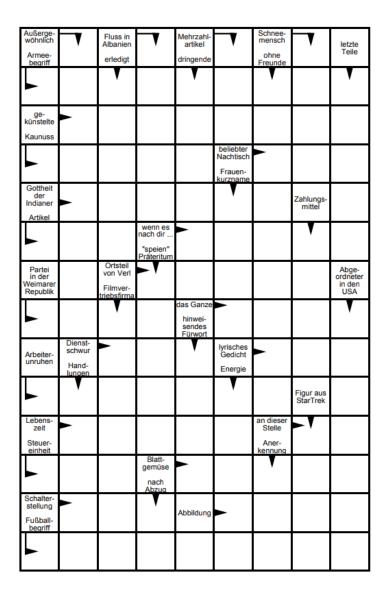
Ein Impfzwang würde laut dem FPÖ-Chef noch gar nicht abschätzbare Folgen für jeden Einzelnen und die Gesellschaft bedeuten. Allein die Konsequenzen im Arbeits- und Familienrecht wären laut Angerer enorm und reichen von tausenden Arbeitsplatzverlusten bis hin zu Sorgerechtsstreitigkeiten.

"Darf in einer Familie, die getrennt lebt, ein ungeimpfter Elternteil das gemeinsame Kind noch sehen? Wer soll entscheiden, ob ein Kind geimpft wird oder nicht?", fragte sich

Angerer. Darüber hinaus seien hunderttausende Einsprüche von Bürgern zu erwarten. Dies könne dazu führen, dass unsere gesamte Verwaltung und die Gerichte massiv belastet und lahmgelegt würden.

"Mit der Kampagne möchten wir alle Politiker dazu aufrufen, ihre Position zu überdenken und sich gegen einen Impfzwang auszusprechen", so Angerer.





NATUR UND GARTEN

Speik - Heilpflanze aus den Nockbergen

Der Echte Speik, auch bekannt als "Valeriana celtica", ist eine mehrjährige, krautige Pflanze, die einen intensiven Baldriangeruch verbreitet. Er blüht von Anfang Juli bis Ende September und wenn man während dieser Zeit eine Wanderung durch die Kärntner Bergwelt unternimmt, kann man den Geruch des unscheinbaren Krauts besonders intensiv wahrnehmen. Der Speik wächst in den Nockbergen zwischen 1900 und 2300 Metern Seehöhe und steht unter Naturschutz.

Dem Speik wird eine beruhigende und zugleich anregende Wirkung nachgesagt. Zudem erkannte man schon vor rund 2500 Jahren im alten Ägypten und im Orient die besonderen Fähigkeiten der Pflanze in der kosmetischen Anwendung. Sie wurde für Bäder, Parfums und Körperöle verwendet und auch Cleopatra wusste die Besonderheiten des Speiks zu schätzen. Heute ist vor allem die Verwendung des Echten Speiks als Seife oder Räucherwerk bekannt.

AUS DER KÄRNTNER KUCHL Kärntner Reindlingkoch mit Grant'nschleck

Rezept und Zubereitung für 6 Personen:



Zutaten Grant`nschleck:

60 g Topfen (passiert) 60 g Preiselbeeren 60 ml Schlagobers (geschlagen) 30 g Honig 1 TL Zitronensaft



Reindling aus der Form stürzen und in Scheiben schneiden. Schnaps, Apfelsaft und Honig erwärmen und den Reindling damit beträufeln. Mit dem vorbereiteten Grant'nschleck servieren und genießen.

Zutaten Reindlingkoch:

250 g Reindling (altbacken) 6 Eier 80 g Zucker 300 ml Schlagobers 1 Prs. Salz 60 g Rosinen 125 ml Obstschnaps 125 ml Apfelsaft 40 g Honig Milch (nach Bedarf) Butter (für die Form) Zucker (für die Form)

3			5			9		8
	9	2		4	8		3	
5		6	9	3		4		1
	3	1		9	7	5	6	
2			8	1			4	9
	5	9			3		8	
9			6		1	7		3
1		5		8	4		9	6
	2	3	7	5		8		



7	l	8	6	G	L	3	7	9
9	6	7	7	8	3	G	Z	l
3	G	L	l	7	9	8	7	6
Z	8	l	ε	9	7	6	G	Þ
6	Þ	3	G	l	8	Z	9	7
7	9	9	7	6	Þ	l	3	8
l	7	7	7	3	6	9	8	9
G	3	9	8	Þ	l	7	6	7
8	7	6	9	Z	G	Þ	l	3

Я	A	8	Τ	٦	A	Н	Ν	С
0	1	0	Н		N	Τ	3	
Τ	A	٦	A	S		3	Τ	S
A	а		В	3	Ι	٦	A	
N		S	К	Τ	3	Я	Τ	S
3	а	0		а	Т	3		
S	٦	٦	A		В	٨	Ν	О
	3	а	N	3	S		_	
3	อ	N	Τ	อ		Ν	3	а
Τ		n	Τ	Τ	N	A	M	
S	Τ	3		٦	3	Τ	Ξ	В
3	Ι	В	3	Τ	Z	3	ອ	
Я	3	Н	Τ	3	Я	ອ	Ν	A
	Υ		а		3		\cap	



Blitzlichter



Grußworte von Florian Pacher bei der FPÖ-Landesparteileitung im CCW Pörtschach







Landwirtschaftskammerwahl -Dorothea Lang und Franz Pappitsch als Beisitzer im Einsatz

Dreharbeiten zur Loipe in Winklern – Hauptdarsteller Dieter Mikula, Kameramann Florian Pacher



Highlights aus der Fragestunde

Zu Beginn jeder Sitzung des Gemeinderats muss die Bürgermeisterin Fragen der Gemeinderatsmitglieder beantworten – hier ein paar der besonders spannenden Antworten, die hier sinngemäß wiedergegeben werden:

Frage: In einem Bericht der Klagenfurter Woche vom 02.06.21 hinsichtlich dem Vorschlag einer einheitlichen Linie bei der Gestaltung der Schaufenster und Verkehrsflächen gab Bürgermeisterin Häusl-Benz an, dass diesbezüglich eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden sei. Was ist der Auftrag der genannten Arbeitsgruppe?

Silvia Häusl-Benz: Der Artikel ist mir nicht bekannt, es war ein langes Interview.

Frage: Welcher Anteil der aktuell rund 460.000 m2 an unbebautem Bauland in Pörtschach wurden bereits vor mehr als 20 Jahren erstmals in Bauland gewidmet und seither nicht bebaut?

Silvia Häusl-Benz: Das ist mir nicht bekannt und es gibt keine Auswertung dazu.

Frage: Die Bürgermeisterin erklärte, dass für Umwidmungsansuchen nun immer eine Begründung verlangt werde. Welche konkreten rechtlichen Auswirkungen hat dieses Vorgehen, wenn falsche Angaben gemacht wurden?

Silvia Häusl-Benz: Wenn es genehmigt ist – ist es genehmigt. Wenn falsche Angaben gemacht worden sind, gibt es dadurch keine rechtlichen Auswirkungen.

Frage: Das Pörtschacher Stipendium wurde am 15.09.21 beschlossen, jedoch unter der Vorgabe, dass für die Vergabe

erst Richtlinien zu erstellen sind. In der Oktober-PÖZ gab die Bürgermeisterin bekannt, dass es "ab sofort" diese För- derung gebe. Warum verkünden Sie ein Förderinstrument, obwohl es dafür noch keine entsprechenden Richtlinien gibt?

Silvia Häusl-Benz: Der Gemeinderat hat in der öffentlichen Sitzung den Beschluss gefasst, das Stipendium einzuführen.

Frage: Zur Verbesserung der Maßnahmen gegen den Bahnlärm wartet Pörtschach noch immer auf die Ergebnisse der lärmtechnischen Untersuchung. Deren Beauftragung wurde vor etwa einem Jahr infolge eines von Florian Pacher initiierten Gemeindevolksbegehrens beschlossen, hätte aber bereits zwei Jahre früher beauftragt werden können. Warum haben Sie als Bürgermeisterin die Beauftragung der genannten lärmtechnischen Untersuchung und damit auch die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen um zumindest zwei Jahre verzögert?

Silvia Häusl-Benz: Es wurde nichts verzögert.

Zusatzfrage: Die Gemeinde hat bereits im Oktober 2018 ein entsprechendes Angebot vom Land zur Durchführung einer Untersuchung bekommen. Warum haben Sie den Gemeinderat erst zwei Jahre später damit beschäftigt?

Silvia Häusl-Benz: Ich kann mich an das Angebot nicht erinnern.

Ihre Meinung zählt!

Sie wollen einen Leserbrief veröffentlichen? Sie haben eine spannende Frage für die Fragestunde? Sie haben eine tolle Idee für die Entwicklung von Pörtschach? Sie haben ein Problem und benötigen unsere Hilfe? Sie wollen sich aktiv ins Team einbringen?

Bitte schicken Sie uns Ihre Rückmeldungen per E-Mail (mail@florianpacher.at) oder per Post (Hauptstraße 92, 9210 Pörtschach). Sie erreichen Ortsparteiobmann Florian Pacher mit Ihren Anliegen gerne auch telefonisch (0664/629 2029).

